

Niederschrift

über die öffentliche Sitzung des Gemeinderates Hügelsheim am Montag, den 22.01.2024, im Sitzungssaal des Rathauses Hügelsheim, Hauptstraße 34.

Vorsitzende/r:

Bürgermeisterin Kerstin Cee

Mitglieder:

Gemeinderat Yves Benz
Gemeinderat Andreas Breuer
Gemeinderätin Andrea Ciullo
Gemeinderätin Ameli Frank
Gemeinderat Uwe Holzer
Gemeinderat Heinz-Uwe Korell
Gemeinderat Christian Rasche
Gemeinderat Dimitri Ridenger
Gemeinderat Christoph Rösinger
Gemeinderätin Miriam Wassermann
Gemeinderat Thomas Wiersbitzki
Gemeinderat Andreas Wurz

Protokollführer:

Sekretariat Kerstin Dangelmaier

Verwaltung:

Bauamt Marco Eberle
Rechnungsamtsleiter Roland Rieger
Hauptamtsleiter Maximilian Schell

Gäste:

Herr Dipl.-Ing. Benjamin Pfahler, Ingenieurbüro Roth & Partner GmbH in Karlsruhe, zu TOP
Ö2
Herr Dipl.-Ing. Michael Schönle, Ingenieurbüro PLANUM Architekten in Bühl, zu TOP Ö3
Herr Norbert Merkel, Kommandant der Freiwilligen Feuerwehr Hügelsheim, zu TOP Ö5
Frau Angelika Schlageter, Sozialarbeiterin Gemeinde Hügelsheim und Herr Randy
Lorenz, Ordnungsamt Gemeinde Hügelsheim, zu TOP Ö6

Urkundspersonen:

Gemeinderat Andreas Breuer
Gemeinderätin Andrea Ciullo

Entschuldigt:

Mitglieder:

Gemeinderat Waldemar Ullmann

Beginn der Sitzung: 19:02 Uhr

Ende der Sitzung: 20:15 Uhr

Nach Eröffnung der Verhandlung stellte die Vorsitzende fest, dass

1. zu der Verhandlung durch Ladung vom 12.01.2024 ordnungsgemäß eingeladen worden ist,
2. die Tagesordnung für den öffentlichen Teil der Verhandlung am 19.01.2024 ortsüblich bekannt gegeben wurde,
3. das Kollegium beschlussfähig ist, weil mindestens 8 Mitglieder anwesend sind.

TOP 1

Annahme von Zuwendungen (Spenden) durch die Gemeinde Hügelsheim

Vorlage: HAU/004/2024

Aussprache:

Bürgermeisterin Cee verweist auf die Sitzungsvorlage und stellt den Tagesordnungspunkt zur Diskussion.

Da keine Fragen bzw. Wortmeldungen hierzu eingehen, schlägt Bürgermeisterin Cee vor, wie im Beschlussantrag der Verwaltung zuzustimmen.

Beschluss:

Der Gemeinderat stimmt der Annahme der in der Anlage aufgelisteten Zuwendungen (Spenden) zu.

Abstimmungsergebnis:

einstimmig

TOP 2

Altlastensanierung Neubaugebiet "Ehemalige Heizzentrale"

hier: Auftragsvergabe Erdarbeiten und Entsorgung

Vorlage: BAU/001/2024

Aussprache:

Bürgermeisterin Cee verweist auf die Sitzungsvorlage und begrüßt zu diesem Tagesordnungspunkt Herr Dipl.-Ing. Benjamin Pfahler vom Ingenieurbüro Roth & Partner GmbH in Karlsruhe.

Herr Pfahler geht kurz auf die Thematik ein und äußert sich dahingehend, dass in Zusammenarbeit mit dem Landratsamt Rastatt und deren Abstimmung mit dem Regierungspräsidium Karlsruhe mit der Entsorgung durch die Firma Remex in Karlsruhe ein deutlich günstigeres Ergebnis erzielt werden konnte.

Herr Pfahler erwähnt, dass die Ausschreibungsunterlagen für die Erdarbeiten über die Feiertage/den Jahreswechsel zugänglich waren, so dass bereits Anfang Januar 2024 der Submissionstermin erfolgen konnte.

Nach den Ausführungen von Herrn Pfahler stellt Bürgermeisterin Cee den Tagesordnungspunkt zur Diskussion.

Gemeinderat Wiersbitzki stellt die Frage, wie sicher die Annahme im Salzbergwerk Stetten und ob die Annahme tonnenweise sei.

Herr Pfahler antwortet, dass die Annahme nicht geschätzt sei. Es wurde ein digitales Geländemodell erstellt. Hiernach wurde die Fläche und die Tiefe des Grundstückes klar definiert. Die Umrechnung erfolge recht genau und variiert um ca. 1 – 2 Prozent.

Gemeinderat Holzer möchte wissen, ab welchem Zeitpunkt mit der Maßnahme begonnen wird und wie lange diese dauert.

Herr Eberle vom Bauamt antwortet, dass für die Maßnahme das Zeitfenster zwischen der 5. und 12. KW sein wird.

Bürgermeisterin Cee wirft ein, dass die Baggerarbeiten sowie die Aushubarbeiten bis zum den Sommerende abgeschlossen sein sollen. Die Gemeinde wolle dieses Jahr noch mit der Vermarktung der Grundstücke beginnen, so dass in diesem Jahr noch die Einnahmen generiert werden.

Gemeinderat Wiersbitzki stellt die Frage, ob eine Restbefüllung des Aushubs angedacht sei. Diese Frage verneint Bürgermeisterin Cee und teilt mit, dass der Bebauungsplan eine Kellerbebauung zulassen würde.

Herr Pfahler informiert, dass die Dauer der Erdarbeiten beschränkt sei. Annahmemenge im Stollen sei begrenzt auf ca. 300 – 500 Tonnen am Tag. Dies seien in Summe ca. 15 – 20 LKW am Tag.

Nachdem keine weiteren Fragen bzw. Wortmeldungen hierzu eingehen, schlägt Bürgermeisterin Cee vor, wie im Beschlussantrag der Verwaltung zu beschließen.

Beschluss:

1. Der Gemeinderat beschließt, den Auftrag für die Abfuhr und Entsorgung des mit PFAS belasteten Erdreichs an den günstigsten Bieter, die Firma Remex aus Karlsruhe zum Angebotspreis von brutto 115,93 Euro je Tonne bzw. zum Angebotsendpreis von ca. 1.622.981,50 Euro zu vergeben. Als Abrechnungsgrundlage sind die Entsorgungsnachweise und die Wiegescheine des deponierten Erdreichs vorzulegen.
2. Der Gemeinderat beschließt, den Auftrag für die erforderlichen Erdarbeiten zur Entsorgung des mit PFAS belasteten Erdreichs an den günstigsten Bieter, Bieter Nr. 2 zum Angebotspreis von brutto 209.925,59 Euro an die Firma Freimuth aus Bülkau zu vergeben.
3. Im Haushaltsplan 2024 werden für die Altlastensanierung unter der Investitionsmaßnahme „711330000615 - Baugebiet „Ehemalige Heizzentrale““ Auszahlungen in Höhe von insgesamt 1.850.000 Euro veranschlagt.

Abstimmungsergebnis:

einstimmig

TOP 3

Umbau und Sanierung Rathaus II, Hauptstr. 32

hier: Vorlage der Planung und Genehmigung

Vorlage: BAU/002/2024

Aussprache:

Bürgermeisterin verweist auf die Sitzungsvorlage und begrüßt zu diesem Tagesordnungspunkt Herrn Dipl.-Ing. Michael Schönle vom Ingenieurbüro Planum Architekten in Bühl.

Herr Schönle stellt anhand der Ansichten nochmals die Planung vor, welche bereits in der Klausurtagung vorgestellt wurde und erläutert die danach vorgenommenen Änderungen der Pläne.

Die Änderungen beinhalten u.a. die Größe des Vorplatzes, Versammlungsraum im OG wird größer, beide Eingänge im EG werden gleichwertig gestaltet. Beim Versammlungsraum im OG wurde jedoch darauf geachtet, dass dieser unter 100 qm² von der Größe her bleibt, da dieser lüftungs- und fluchttechnisch einfacher zu gestalten sei. Der Vorplatz sei knapp 30 qm². Der dortige Baum erhält einen anderen Platz. Im EG seien die Archiv- und Lagerräume in der Größe variabel, da die dortige Wand verschiebbar sei.

Herr Schönle erläutert, dass die mit gelb markierten Positionen in der Kostenschätzung die angepassten Änderungen beinhalten gegenüber der Vorstellung im November.

Nach den Ausführungen von Herrn Schönle stellt Bürgermeisterin Cee den Tagesordnungspunkt zur Diskussion.

Gemeinderat Holzer erkundigt sich, ob wie aus der Anlage 1 ersichtlich es sich tatsächlich um eine Grundstücksgrenze handelt, die Frage wird von Herrn Eberle vom Bauamt bejaht.

Bürgermeisterin Cee macht deutlich, dass alle anvisierten Baumaßnahmen davon abhängig seien, ob man hierfür Zuschüsse erhalte. Die Verwaltung habe neben der Einholung von Honorarangeboten für die Fachplanung auch mögliche Förderprogramme zu eruieren.

Das Raumkonzept sei aufgrund der erfolgten Organisationsuntersuchung der Verwaltung entstanden. Hierbei wurde die Anzahl der Mitarbeiter und das benötigte Personal zugrunde gelegt.

Gemeinderat Rösinger erkundigt sich nach der Möglichkeit, das bisherige Gebäude energetisch zu sanieren.

Herr Schönle antwortet, dass die Fenster und die Obergeschossdecke saniert werden. Bei der Fassade würde es nicht sinnvoll sein. Er zeigt sich erfreut darüber, dass das Gebäude nach Abstimmung mit dem Landratsamt Rastatt nicht unter die strengen Vorschriften des Denkmalschutzgesetzes fällt. Eine Innendämmung sei zu vermeiden.

Nachdem keine weiteren Wortmeldungen bzw. Fragen hierzu eingehen, schlägt Bürgermeisterin Cee vor, wie im Beschlussantrag der Verwaltung abzustimmen bzw. zu beschließen.

Beschluss:

1. Der Gemeinderat stimmt der heute vorgestellten Planung zu und nimmt die Kostenschätzung in Höhe von brutto rund 2.516.000 Euro zur Kenntnis.
2. Die Verwaltung wird beauftragt, Honorarangebote für die Fachplaner der technischen Gewerke einzuholen sowie mögliche Förderprogramme zu eruieren

Abstimmungsergebnis:

einstimmig

TOP 4

Sanierung der Tartanbahn im Altrheinstadion

hier: Anerkennung der Schlussrechnungen

Vorlage: BAU/003/2024

Aussprache:

Bürgermeisterin Cee verweist auf die Sitzungsvorlage und übergibt das Wort an Herrn Eberle vom Bauamt.

Herr Eberle trägt vor, dass nun alle Schlussrechnungen vorliegen und diese geprüft wurden. Der Gesamtbetrag der Baumaßnahme „Sanierung der Tartanbahn im Altrheinstadion“ belaufe sich auf 701.740,74 Euro.

Bürgermeisterin Cee stellt den Tagesordnungspunkt zur Diskussion.

Nachdem hierzu keine Fragen bzw. Wortmeldungen eingehen, schlägt Bürgermeisterin Cee vor, wie im Beschlussantrag der Verwaltung zu beschließen.

Beschluss:

Der Gemeinderat beschließt, die Schlussrechnungen für die Sanierung der Tartanbahn im Altrheinstadion in Höhe von 701.740,71 € anzuerkennen und genehmigt das Nachtragsangebot Nr.1 und Nr.2 der Fa. Polytan für den Austausch der Rinnenelemente bzw. für die Ergänzung der Schottertragschicht

Abstimmungsergebnis:

einstimmig

TOP 5

Neuanschaffung eines Feuerwehrfahrzeugs LF 10 für die Freiwillige Feuerwehr Hügelsheim; hier: Vereinbarung über Unterstützungsleistungen zur Ausschreibung Vorlage: HAU/001/2024

Aussprache:

Bürgermeisterin Cee verweist auf die Sitzungsvorlage und begrüßt hierzu als Gast Herr Norbert Merkel, Kommandant der Freiwilligen Feuerwehr Hügelsheim.

Bürgermeisterin Cee stellt den Tagesordnungspunkt zur Diskussion.

Gemeinderat Holzer stellt die Frage nach der Notwendigkeit zur Beauftragung der Firma PST.

Bürgermeisterin Cee antwortet, dass für die Beschaffung des Fahrzeuges eine Ausschreibung erforderlich sei und die Firma PST hierbei unterstützend mitwirkt. Bürgermeisterin Cee führt aus, dass diese fachliche Expertise und Beratung benötigt wird.

Gemeinderat Wiersbitzki möchte wissen, ob bei der seinerzeitigen Beschaffung des anderen Feuerwehrfahrzeugs auch eine Fachfirma zur Beratung involviert war.

Bürgermeisterin Cee bejaht dies und führt aus, dass seinerzeit der Gemeindetag-Service hiermit beauftragt war. Allerdings sei die Terminkoordination mit dem Ansprechpartner aufgrund der Entfernung schwierig gewesen. Bei der Firma PST seien die Berater vor Ort in Kuppenheim. Ein kurzer Kommunikationsweg sei möglich.

Die Firma verfügt über ausreichend Referenzen. Die Mitarbeiter haben ausreichend Erfahrung im Feuerwehrbereich und sind zudem selbst in der Berufsfeuerwehr.

Kommandant Herr Merkel informiert zusätzlich, dass das Fahrzeug in drei Lose beschafft werden soll (kann). 1. Los beinhaltet das Fahrgestell, 2. Los der Aufbau und das 3. Los die Beladung.

Da pro Jahr 6 % Preiszuschlag entstehen würden, könnten die Lose einzeln vergeben werden. So könnte zum Beispiel die Beladung früher beschafft werden, wodurch Geld gespart werden könnte. Atemschutz kann vorgezogen werden, da diese umgerüstet werden muss.

Nachdem keine weiteren Fragen bzw. Wortmeldungen hierzu eingehen, beschließt Bürgermeisterin Cee wie im Beschlussantrag der Verwaltung zu beschließen.

Beschluss:

Der Gemeinderat beschließt, das Angebot der Firma PST Feuerwehrtechnik GbR vom 02.01.2024 über Unterstützungsleistungen zur Ausschreibung des neuen Feuerwehrfahrzeugs LF 10 für die Freiwillige Feuerwehr Hügelsheim anzunehmen.

Die erforderlichen Mittel für die Beauftragung werden im Haushalt 2024 unter der Investitionsmaßnahme „712600000025 Feuerwehrfahrzeuge“ eingestellt.

Eine Ausschreibung kann allerdings erst dann erfolgen, wenn auch der Zuwendungsantrag vom Landratsamt Rastatt genehmigt ist.

Abstimmungsergebnis:

einstimmig

TOP 6

Sachstandsbericht zur Unterbringung von Flüchtlingen

Vorlage: HAU/003/2024

Aussprache:

Bürgermeisterin Cee verweist auf die Sitzungsvorlage und begrüßt zu diesem Tagesordnungspunkt Frau Angelika Schlageter von der Sozialarbeit der Gemeinde Hügelsheim und Herrn Randy Lorenz vom Ordnungsamt der Gemeinde Hügelsheim.

Frau Schlageter und Herr Lorenz stellen die Präsentation zum Sachstandsbericht über die aktuellen Flüchtlingszahlen sowie die Wohnraumproblematik in der Gemeinde Hügelsheim vor, welche als Anlage TOP Ö6 Bestandteil des Protokolls ist.

Nach der Präsentation stellt Bürgermeisterin Cee den Tagesordnungspunkt zur Diskussion.

Gemeinderat Ridenger stellt die Frage nach der Dauer der Unterbringung in Hügelsheim.

Frau Schlager antwortet, dass die Personen so lange in Hügelsheim bleiben, bis sie von sich aus wegziehen. Die Gründe hierfür sind beruflich oder aber es wird eine Wohnung außerhalb von Hügelsheim gefunden. Frau Schlageter führt zudem aus, dass es viel Bewegungen in den WG's geben würde, da diese Personen schnell auf „eigenen Beinen“ stehen wollen.

Gemeinderat Ridenger hakt nach, warum es keine Frist für die Dauer der Unterbringung gäbe.

Herr Lorenz informiert, dass die Unterbringung eine große Herausforderung für die Kommunen sei. Es sei ein stetiger Wechsel der Personen. Bisher hatte die Gemeinde Hügelsheim eine reine Frauen-WG, neu hinzugekommen sei nun eine reine Männer-WG.

Bürgermeisterin Cee macht deutlich, dass die Gemeinde Hügelsheim aktuell sehr gut in diesem Thema aufgestellt sei. Die Höhe der Mietpreise sei derzeit kaum annehmbar und teilweise „unverschämte“. Die Gemeinde Hügelsheim ist aktuell nicht gezwungen, alle Wohnangebote anzunehmen.

Die Zuweisung von 7 Personen pro Quartal sei eine Vorgabe vom Landratsamt Rastatt, welches die Quoten vorgibt.

Man habe in Hügelsheim eine gesunde Mischung aus Eigentum der Gemeinde und Mietwohnungen für die Flüchtlinge.

Die Flüchtlingsthematik stelle zudem auch einen sehr hohen Beschäftigungsaufwand für die Verwaltung da, insbesondere Bauhof/Bauamt, Ordnungsamt und Rechnungsamt.

Frau Schlageter teilt mit, dass auch bezüglich der Unterbringung in den Kindergarten keine Nachteile für die Kinder bestehen. Es konnten bisher alle Kinder untergebracht werden, kein Hügelsheimer Kind musste auf einen Kindergartenplatz aufgrund der Flüchtlinge verzichten.

Gemeinderat Ridenger teilt mit, dass dies auch in den Schulen sehr gut funktioniert.

Seitens der Verwaltung wird nochmals erwähnt, dass die Unterbringung der Flüchtlinge auch einen erheblichen Mehraufwand beim Bauhof bedeutet. Notwendig seien u.a. Reparaturen, Hilfe bei Ein- und Umzug und schnelles Reagieren sei erforderlich.

Gemeinderätin Wasserman möchte wissen, ob es einen Vergleich zu der Flüchtlingswelle von 2015 gibt zu Syrien und jetzt Ukraine und ob seitens der Gemeinde mehr Druck vorhanden ist oder Routine entstanden sei.

Frau Schlageter äußert, dass in der ganzen Zeit der Flüchtlingsthematik in Hügelsheim eine gute Struktur geschaffen werden konnte. Es gab von Anfang an Sprachkurse für Erwachsene und Angebote im Kindergarten. So sei die Gemeinde schon lange sehr gut aufgestellt.

Bürgermeisterin Cee macht deutlich, dass es wichtig sei, Personen vor Ort an der Basis zu haben. Dies sei in Hügelsheim gegeben. Zudem stünde die Verwaltung in engem Austausch mit dem Landratsamt Rastatt.

Ein frühes Erkennen von Problematiken und gutes Handling sowie den stetigen Blick auf den Immobilienmarkt erleichtern den Umgang in dieser Thematik.

Herr Lorenz antwortet, dass die jetzige Flüchtlingssituation nicht vergleichbar mit den Jahren 2015/2016 sei. Der Mehraufwand sei deutlich höher sowie die Fülle an Mehrarbeit.

Gemeinderätin Wassermann äußert, dass sie die Kommunen alleine dastehen sieht und fordert, dass die Kommunen Rückmeldung an die oberen Behörden und Dienststellen geben sollen mit Darstellung der Problematik.

Bürgermeisterin informiert, dass bezüglich der Flüchtlingspolitik auch regelmäßige Treffen auf Bürgermeister*innen-Ebene stattfinden, bei welchen die Situation vor Augen gehalten wird.

Herr Lorenz ergänzt, dass in dieser Thematik Druck auf allen Ebenen herrsche.

Nachdem keine weiteren Wortmeldungen bzw. Fragen eingehen, schlägt Bürgermeisterin Cee vor, den Sachstandsbericht zur Kenntnis zu nehmen.

Beschluss:

Der Gemeinderat nimmt den Sachstandsbericht zur Kenntnis.

Abstimmungsergebnis:

einstimmig zur Kenntnis

Vorsitzender: _____

Schriftführer: _____

Urkundspersonen: _____
